

Projekt will Opfern von Übergriffen mehr Solidarität zeigen

17.09.2018, 13:20 Uhr

Ein Projekt mit Vertretern verschiedener Religionen will Opfern von Anschlägen oder Übergriffen in Deutschland künftig mehr Solidarität entgegenbringen. Gerade die vergangenen Wochen hätten gezeigt, wie notwendig das sei, sagte der Direktor des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen, Daniel Neumann, am Montag in Mainz. So sei nach den Vorfällen in Chemnitz zwar viel diskutiert worden, der Blick auf einzelne Betroffene habe jedoch gefehlt. Neumann gehört der Leitungsgruppe des Projekts „Schulter an Schulter“ (SAS) an, das nun bundesweit Unterstützer sucht.

Jürgen Miksch, Vorstand der Stiftung gegen Rassismus und ebenfalls Teil der Leitungsgruppe des Projekts, sagte, 2017 habe es in Deutschland etwa 1500 antisemitisch motivierte und rund 1000 antimuslimisch motivierte Straftaten gegeben sowie mehr als 2200 tätliche Angriffe auf Geflüchtete. Solidaritätsbekundungen der Zivilgesellschaft blieben oft aus, seien für Opfer aber sehr wichtig. Nach bundesweit 40 Anschlägen auf Moscheen zwischen Januar und März dieses Jahres sei nur in drei Fällen Solidarität bekundet worden.

Die Initiative „Schulter an Schulter“ wolle Opfer „solidarisch umarmen“ und Täter ins Abseits rücken, betonte der Generalsekretär des Zentralrats der Muslime, Abdessamad El Yazidi. Miksch zufolge sollen nun deutschlandweit Aktive gefunden werden, die nach Vorfällen aktiv würden. Die Idee sei Anfang April 2018 entstanden, als die Scheiben einer Moschee in Darmstadt eingeworfen und Außenwände beschmiert worden seien. Der Imam und seine Familie hätten sich nicht mehr nach draußen gewagt, zivilgesellschaftlich sei erstmal nichts passiert. Auf Initiative der Stiftung

gegen Rassismus seien dann unter anderem Solidaritätsbesuche in der Moschee organisiert worden.